

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Kretschmer, Ilse Aigner,
Katherina Reiche (Potsdam), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
sowie der Abgeordneten Swen Schulz (Spandau), Jörg Tauss, Nicolette Kressl,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/3294 –**

Mit Innovationsförderung den Aufbau Ost weiter voranbringen

A. Problem

In den letzten 16 Jahren konnte durch gezielte Investitionen eine konkurrenzfähige Forschungslandschaft in Ostdeutschland aufgebaut werden. Beispielsweise wurden in den Bereichen Medizin und Mikroelektronik durch die Innovationsinitiative „Unternehmen Region“ regionale Innovationskompetenzen erschlossen. Um diese Entwicklung weiter voranzubringen, muss die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der regionalen Wirtschaft verstärkt werden. Insbesondere die Qualität des Bildungssystems und die Stärke von kleinen und mittelständischen Unternehmen müssen gefördert werden.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Innovations- und Forschungsförderung in den neuen Bundesländern weiterzuentwickeln. Insbesondere sind die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft durch die verstärkte Beteiligung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, die Berücksichtigung der neuen Bundesländer bei den Großforschungseinrichtungen und den markttauglichen Transfer von Forschungsergebnissen zu fördern. Weiterhin muss der Ausbau von Studienplätzen unterstützt werden.

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/3294.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/3294 anzunehmen.

Berlin, den 13. Dezember 2006

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Michael Kretschmer
Berichtersteller

Sven Schulz (Spandau)
Berichtersteller

Cornelia Pieper
Berichterstellerin

Dr. Petra Sitte
Berichterstellerin

Krista Sager
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Michael Kretschmer, Swen Schulz (Spandau), Cornelia Pieper, Dr. Petra Sitte und Krista Sager

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/3294** in seiner 63. Sitzung am 9. November 2006 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD erklären, dass in den letzten 16 Jahren durch gezielte Investitionen eine konkurrenzfähige und moderne Forschungslandschaft in Ostdeutschland etabliert worden sei. Um diese Entwicklung weiter voranzubringen, müsse die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der regionalen Wirtschaft weiter verstärkt werden. Insbesondere müssten die Qualität des Bildungssystems und die Stärke von kleinen und mittelständischen Unternehmen gefördert werden.

Besonders die Hightechstrategie der Bundesregierung und die Innovationsinitiative „Unternehmen Region“ beinhalten und förderten diese Ziele. Hierdurch seien regionale Innovationskompetenzen für die ostdeutschen Regionen erschlossen worden. Wissenschaftszentren für Biotechnologie, Medizin, Mikroelektronik, Optik und Automobilzulieferindustrie seien entstanden.

Eine weitergehende Innovations- und Forschungsförderung sei nun unverzichtbar.

Deshalb solle der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, die Innovationsförderung mit passgenauen Förderschwerpunkten in den neuen Bundesländern weiterzuentwickeln. Es müsse eine noch stärkere Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft geben. Die Förderinstrumente wie die Projekte „InnoRegio“, „Innovative regionale Wachstumskerne“, „InnoProfile“ und die „Zentren für Innovationskompetenz“ müssten ausgebaut werden. Die verstärkte Beteiligung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, die Berücksichtigung der neuen Bundesländer bei den Großforschungseinrichtungen und der marktaugliche Transfer von Forschungsergebnissen müssten gefördert werden.

Allgemein seien die ostdeutsche Hochschullandschaft zu stärken und die Vernetzung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Hochschulen mit der Wirtschaft zu forcieren. Weiterhin müsse der Ausbau von Studienplätzen unterstützt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der mitberatende **Haushaltsausschuss** und der mitberatende **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3294 anzunehmen.

Der mitberatende **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3294 anzunehmen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlagen in seiner 23. Sitzung am 13. Dezember 2006 beraten und empfiehlt

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/3294 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird hervorgehoben, dass das Ziel der Politik für die neuen Bundesländer sein müsse, einen selbsttragenden wirtschaftlichen Aufschwung ohne Transferzahlungen zu erreichen. Die derzeitige Situation sei alles andere als positiv und lasse eigentlich auch keine Hoffnung zu, dass dieses Ziel in absehbarer Zeit erreicht werde. In den neuen Bundesländern sei immer noch eine Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, die doppelt so hoch sei wie im Bundesdurchschnitt; die Exportquote liege bei zwei Dritteln von derjenigen der alten Bundesländer. Darüber hinaus gebe es eine Abwanderung von Arbeitskräften und es fehlten rund 100 000 Unternehmen. Dies alles führe zu einer Verschlechterung der ohnehin geringen Beschäftigungschancen. Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die Tatsache, dass ab dem Jahr 2008 die Solidarpaktmittel nach und nach ausliefen und im Jahr 2019 endgültig die letzte Zahlung aus dem Solidarpakt II zur Verfügung stehe, ergäben sich weitere Schwierigkeiten. Hinzu kämen Sonderprobleme, wie beispielsweise die stetig steigenden Zahlungen an sog. ehemalige DDR-Eliten. Auch diese Leistungen seien von den neuen Ländern zu erbringen.

Bekanntlich gebe es nur wenige Bundesländer, die die Solidarpaktmittel zweckentsprechend einsetzten, um teilungsbedingte Defizite aufzuarbeiten. Die Mehrzahl der Bundesländer, hierbei das Bundesland Berlin im Besonderen, setze die Mittel ein, um Gegenwartsausgaben für Verwaltung und Sozialleistungen zu finanzieren. Wenn ab dem Jahr 2008 die zur Verfügung stehenden Mittel sich verringerten, bestehe die große Sorge, dass es dann zu einer höheren Verschuldung kommen werde, die mit weniger Investitionen, weniger Forschung und Entwicklung und weniger Infrastrukturmaßnahmen einhergehen werde.

Positiv sei, dass die Bundesregierung mit der Programmfamilie „Unternehmen Region“ einen exzellenten Ansatz gewählt habe, um in den neuen Bundesländern die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Es habe sich gezeigt, dass im internationalen Wettbewerb nur exzellente Standorte eine

Chance hätten, wettbewerbsfähig zu sein. Gleichzeitig brauche man entsprechende Zeit, um exzellent zu werden. Gerade in den neuen Bundesländern stehe diese Zeit nicht zur Verfügung. Um hier gegenzusteuern, sei zu Beginn des neuen Jahrtausends damit begonnen worden, die Programmfamilien „Unternehmen Region“ durch die Bundesregierung zu entwickeln. Zunächst sei mit dem Teilprojekt „InnoRegio“ versucht worden, entsprechende Potenziale in den Regionen zu erhöhen. Die Resonanz sei sehr erfreulich gewesen. Die Zahl der Beschäftigten sei allein im Programm „InnoRegio“ um 7 500 gestiegen, zudem habe es 143 Unternehmensneugründungen gegeben. Nach Abschluss des Programms in diesem Jahr könne festgestellt werden, dass dieses Programm eine große Erfolgsgeschichte sei.

Im Laufe der Zeit seien weitere Programme entwickelt worden, wie beispielsweise „Wachstumskerne“, „InnoProfile“ oder „Zentren für Innovationskompetenz“. Auf den verschiedenen Innovationsstufen existierten damit zielgenaue Werkzeuge. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung mache hierbei nicht eine Politik der Schwäche, eine Politik der „Gießkanne“, sondern eine Politik der Stärke. Damit werde ein Wettbewerb erzeugt, der von Wissenschaftlern, aber auch von Unternehmensberatern genau kontrolliert und mit gesteuert werde. Dadurch stünden hervorragende Projekte zur Verfügung, die zukunftsweisend seien. Auf Grund der beschriebenen Haushaltsnotlage in vielen Bundesländern könnten sich diese nicht an allen Projekten beteiligen.

Bedauerlicherweise betreffe dies wieder einmal das Land Berlin, da dieses bei der jüngsten Ausschreibung „Zentren für Innovationskompetenz“ darauf verzichtet habe, eigene Anträge zu stellen. Erfreulicherweise seien diese Anträge von anderen Bundesländern mit übernommen worden, so dass am Ende nicht weniger, sondern in anderen Ländern sogar mehr an Innovationspotenzialen genutzt werden könnten. Dieses Beispiel zeige auch, dass eine unsolide Haushaltspolitik und der mangelnde Wille in der Gegenwart Einschnitte vorzunehmen und Zukunftsausgaben zu generieren, tatsächlich solche verheerenden Wirkungen haben könnten. Das Institut für angewandte Katalyse habe vor wenigen Monaten gerettet werden können. Fraktionsübergreifend sei man stolz darauf gewesen, dass dieses exzellente Institut nicht geschlossen worden sei. Dennoch sei es von Berlin nach Rostock verlagert worden. In dieser Situation seien vom Land Berlin mehr Anstrengungen zu erwarten gewesen, um das Institut am Standort Berlin zu halten.

Derzeit laufe die Ausschreibungsfrist für das Programm „InnoProfile“. Insgesamt sei die Fraktion der CDU/CSU zufrieden mit dem, was der Ausschuss zu diesem Prozess beigetragen habe. Darüber hinaus werde der Hochschulpakt ebenfalls neue Chancen in den neuen Bundesländern ermöglichen. Mit den bestehenden Programmen im Bereich der Ausbildungsplätze in den neuen Bundesländern sei man ebenfalls auf einem guten Weg. Im kommenden Haushaltsjahr stünden erneut 90 Mio. Euro für entsprechende Programme zur Verfügung. Es sei wichtig, dass die vorgesehenen Mittel zum Einsatz kämen und der Ausschuss auch nächstes Jahr in dieser Sache aktiv bleibe.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird betont, dass der Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2006 überwiegend positive Entwicklungen aufzeige,

aber auch bestehende Probleme benenne. Der Bereich Bildung und Forschung nehme einen wichtigen Platz im Jahresbericht ein. Schließlich sei der Bereich Bildung und Forschung eine der zentralen Fragen im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung Deutschlands, insbesondere in den neuen Bundesländern.

Daher seien auch im Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD einige Fragen aus dem Bereich Bildung und Forschung aufgegriffen worden. Zudem sei ein gesonderter Antrag mit dem Titel „Mit Innovationsförderung den Aufbau Ost weiter voranbringen“ auf den Weg gebracht worden. Im Bereich der Ausbildung bestünden in den neuen Bundesländern nach wie vor jedoch große Probleme, da die Ausbildungsquote weniger stark ausgeprägt sei als im Westen. Zwar gebe es auch in Ostdeutschland das Programm Jobstarter mit dem Regionalbüro Ost und ein gesondertes Ausbildungsplatzprogramm Ost, jedoch mit einer degressiven Planung. Das bedeute, dass die Plätze, die gefördert würden, reduziert werden sollen. Dies sei angesichts der demografischen Entwicklung nachvollziehbar. Allerdings müsse genau aufgepasst und jeweils die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt verfolgt werden, um ggf. auch die entsprechende Planung in diesem Bereich anzupassen.

Zum Thema Hochschulpakt müsse insbesondere die bereits erwähnte Situation im Bundesland Berlin angesprochen werden. Weitere Studien- bzw. Ausbildungsplätze müssten geschaffen werden. Allerdings sei dies aufgrund der finanziellen Lage Berlins nicht realisierbar, zumal diese Situation nicht von dem derzeitigen Senat unter Führung des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit verschuldet worden sei. Die Probleme seien viel älter. Sie seien auf die damalige Bundesregierung und auf den damaligen, von Eberhard Diepgen geleiteten Senat zurückzuführen.

Es sei begrüßenswert, dass der jetzige Senat keinen Kahlschlag im Bildungsbereich vornehme, wie dies die vom Bundesverfassungsgericht geforderten Sparauflagen nahelegten. Natürlich bleibe die Frage, wo Berlin noch sparen könne, da nicht viele Punkte vom Land Berlin selber beeinflusst würden. Daher gehe Berlin insgesamt verantwortungsvoll mit dieser Situation um. Würden alle Bundesländer so viele Studienplätze im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung zur Verfügung stellen, wie Berlin dies auch nach den diversen Sparmaßnahmen tue, müsste über den Hochschulpakt überhaupt nicht mehr diskutiert werden. Es sei bedauerndswert, dass dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit und dem Senat immer wieder vorgehalten werde, dass im Land Berlin zu viel im Bereich der Kindertagesstätten gemacht werde. Alle Bildungspolitiker auf Bundesebene sollten sich darüber einig sein, dass Bildungsmaßnahmen, insbesondere Initiativen für Kindertagesstätten, von herausragender Bedeutung und Wichtigkeit seien. In diesem Bereich sei der Osten dem Westen voraus. Zwar gebe es einige Initiativen der Bundesregierung und von verschiedenen Fraktionen, insgesamt müsse sich aber der Bund noch stärker einbringen, um ein vernünftiges Bildungs- und Betreuungsangebot für den vorschulischen Bereich auf die Beine zu stellen.

Beim Thema Hochschulpolitik müsse der Hochschulpakt tatsächlich verabschiedet werden. Nach dessen Verabschiedung werde es insbesondere wichtig sein, dass Werbung für die ostdeutschen Hochschulen dann tatsächlich stattfinde, so wie dies bei der Imagekampagne der Bundesregierung vor-

gesehen sei. Darüber hinaus müsse auch eine Qualitätsverbesserung der Lehre forciert werden, damit attraktive Studienplätze verstärkt zur Verfügung gestellt werden könnten, so wie dies im Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD vorgeschlagen worden sei. Der Osten dürfe aber nicht als Ausbildungsgehilfe für den Südwesten Deutschlands fungieren. Zudem müssten sog. Exzellenzzentren in Kooperation mit der Wirtschaft gefördert werden, damit es tatsächlich zu einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung komme. Gute Beispiele hierfür seien die „Zentren für Innovationskompetenz“ und „InnoProfile“.

Der bei verschiedenen Projekten gewünschte Wettbewerb sei zwar ein wichtiges Steuerungsinstrument, allerdings lebe ein Wettbewerb davon, dass alle Teilnehmer auch entsprechend wettbewerbsfähig seien. Diese Wettbewerbsfähigkeit sei in den neuen Bundesländern noch nicht gegeben, wie dies beispielsweise bei der Exzellenzinitiative deutlich geworden sei. Trotz positiver Signale seien daher besondere Anstrengungen und eine langer Atem notwendig.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird darauf hingewiesen, dass die besonderen Probleme des Bundeslandes Berlin nicht repräsentativ für die neuen Bundesländer seien. Zwei Drittel dieser Stadt hätten über Jahrzehnte als eine Art Sonderwirtschaftszone funktioniert. Dies betreffe auch die finanziellen Mittel, die über viele Jahrzehnte geflossen seien.

Erfreulich sei, dass im Ausschuss ein Realismus bezüglich der Lage im Osten Einzug gehalten habe. Der Aufbau Ost sei zumindest ins Stocken geraten. Die Fraktion der FDP wolle wissen, wohin im Osten das viele Geld in den vergangenen Jahren geflossen sei. Trotz der Mittel habe die Mehrzahl der neuen Länder nach wie vor erhebliche strukturelle Schwächen, die von der Politik besondere Aufmerksamkeit verlangten. Es seien nicht nur einige Regionen in Ostdeutschland, die Probleme hätten, es sei bedauerlicherweise die Mehrzahl der Regionen. Dies sei selbst in den wirtschaftlich stärkeren Bundesländern wie Sachsen und Thüringen zu beobachten, die im Durchschnitt bei einer maximalen Wirtschaftskraft von zwei Dritteln bis drei Viertel im Vergleich zu den alten Bundesländern lägen. Dies sei ein Zustand, wo der Prozess der Angleichung quasi zum Stillstand gekommen und ein Aufholprozess nicht mehr realistisch seien.

Der von der Bundesregierung vorgenommene Verweis auf die positiven Ergebnisse der „Leuchtturmprojekte“ sei zwar nicht falsch, allerdings seien dies singuläre Erfolge, die nicht die Gesamtheit der Probleme im Osten lösen könnten. Neben dieser Bestandsanalyse müsse gefragt werden, wie Lösungen aussehen könnten, um einen selbsttragenden Aufschwung überhaupt noch zu erreichen.

Die wirtschaftliche Lage im Osten sei dadurch gekennzeichnet, dass es keine große Industrie gebe. Zudem sei die Forschungslandschaft eine völlig andere als in den alten Ländern, was zum Beispiel die Vergabe von Forschungsaufträgen betreffe. Gerade eine Verzahnung von Forschung und Wirtschaft mit Blick auf eine stark anwendungsorientierte FuE-Landschaft (FuE = Forschung und Entwicklung) sei ein wichtiger Ansatz. Hierzu gehörten u. a. Forschungsprämien oder ein modifiziertes Steuerrecht, um Unternehmen einen entsprechenden Kapitalstock zu ermöglichen.

Bei einem Treffen mit dem Verband innovativer Unternehmen, in dem sich im Wesentlichen gemeinnützig tätige For-

schungseinrichtungen und Institute als GmbHs zusammengeschlossen hätten, hätten sich diese zurecht darüber beklagt, dass sie bei einer ganzen Reihe von Programmen – und im Übrigen auch bei der von den Koalitionsfraktionen vorgesehenen Forschungsprämie – nicht berücksichtigt worden seien. Diese Einrichtungen kämen bei vielen Programmen gerade im Bereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) nicht zum Zuge, weil sie dort wie kleine und mittlere Unternehmen behandelt würden, was sie aber in Wirklichkeit gar nicht seien. Dies sei bedauerlich, da diese gemeinnützigen Forschungseinrichtungen ein ganz wesentlicher Bestandteil der Forschungslandschaft im Osten bildeten und eine wichtige Schnittstelle zwischen anwendungsorientierter Forschung und der Anwendung durch die Wirtschaft darstellten. Daher sei es eine notwendige und sehr erfreuliche Entwicklung, wenn die Koalitionsfraktionen in der Ausgestaltung der Forschungsprämie, aber auch in der Ausgestaltung vieler Einzelprogramme des BMBF mehr Rücksicht auf diesen Sachverhalt nähmen. Auch im Rahmen des Innovationswettbewerbs „Wirtschaft trifft Wissenschaft“ seien diese gemeinnützigen Forschungseinrichtungen derzeit nicht antragsberechtigt.

Bundesminister Wolfgang Tiefensee habe in den vergangenen Tagen die Errichtung des Biomasseforschungszentrums in Leipzig versprochen. Bei den Planungen sei außer Acht geblieben, dass das Biomasseforschungszentrum als entsprechende Großforschungseinrichtung konzipiert werden sollte, das diesen Namen auch verdiene. Es wäre besser gewesen, wenn es beispielsweise als eine Einrichtung des Helmholtz-Institutes ausgestaltet worden wäre, anstatt es in der jetzigen Form zu errichten. Dieses Beispiel zeige exemplarisch die dramatische Entwicklung, die stattgefunden habe. Die Koalitionsfraktionen hätten sich in der Koalitionsvereinbarung selber dazu verpflichtet, eine der nächsten Großforschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern einzurichten.

Der Ausschuss habe sich mehrere Monate mit dem Projekt „Europäische Spallationsquelle“ (ESS) auseinandergesetzt, von dem in der Zwischenzeit nichts mehr gehört worden sei. Es sei zu befürchten, dass das Vorhaben des Biomasseforschungszentrums ebenfalls nicht realisiert werde. Bedauerlich sei, dass diese Projekte wesentliche Signale für den Aufbau Ost setzen sollten. Die Themen, mit denen sich der Ausschuss befasse, seien wesentliche Signale und Zukunftsthemen, die der Osten brauche.

Von Seiten der **Fraktion DIE LINKE.** wird bezweifelt, dass der von den Abgeordneten der Koalitionsfraktionen adäquat eingebrachte Antrag eine Antwort auf den Bericht der Deutschen Einheit sein könne. Er sei nämlich nicht innovativ. Er führe lediglich das Wort „Innovation“ in seinem Titel. Es komme immer wieder das Wort „weiterentwickeln“ vor, beispielsweise „weiter zu unterstützen“, „weiter zu optimieren“, „weiterhin zu forcieren“. Dabei liege der Bezugspunkt im Wesentlichen auf Programmen, die bereits unter der vorherigen Bundesregierung initiiert worden seien. Einerseits sei diese Bezugnahme zwar zu begrüßen, andererseits sei nicht wirklich etwas Neues in diesem Antrag zu finden.

Die Formulierungen in dem Antrag entsprächen den sehr allgemein formulierten Zielen der Koalitionsvereinbarung. Dies betreffe z. B. die Formulierung zur Einrichtung neuer Großforschungseinrichtungen, bei der die neuen Länder an-

gemessen berücksichtigt werden sollen. Korrespondierend hierzu stehe im Antrag, bei der Einrichtung neuer Großforschungseinrichtungen, bei der die neuen Länder angemessen berücksichtigt werden sollen. Es sei daher über ein Jahr nach Verabschiedung der Koalitionsvereinbarung nichts Neues zu finden. Es sei fraglich, wie der genaue Sachstand zu den Großforschungseinrichtungen, zum Biomasseforschungszentrum und zu den Kooperationspartnern sei. Die Fraktion DIE LINKE. vermisse konkrete Aussagen hierzu in dem Antrag der Koalitionsfraktionen. Weiterhin sei unklar, warum einerseits konstatiert werde, dass der Aufbau einer wettbewerbsfähigen Forschungsinfrastruktur erreicht worden sei, andererseits aber die Exzellenzinitiative den allseits bekannten Verlauf genommen habe. Man brauche im Osten nicht einfach nur eine Exzellenzinitiative, sondern man brauche für strukturschwache Gebiete der gesamten Bundesrepublik Deutschland Anschlussprogramme mit der Zielrichtung, die Abstände zwischen Ost und West, die sich nach wie vergrößerten, zu verringern.

Bei der Frage nach der Stärkung der ostdeutschen Hochschullandschaft – beispielsweise im Hinblick auf Studienplatzaufbau bzw. -abbau und Qualitätsverbesserung von Lehrern – stelle sich die Frage, was mit Hilfe des vorliegenden Antrags noch geplant sei und inwieweit die Forderungen im Antrag über die Ziele des Hochschulpakts hinausgehen sollten. Notwendig seien auch Antworten zu Fragestellungen im Bereich des wissenschaftlichen Nachwuchses, zur Situation von Akademikerinnen nach Abschluss der Promotion sowie zur Abwanderung hochqualifizierter junger Frauen. Auch diese Fragestellungen seien im Antrag nicht angesprochen worden.

In Bezug auf das Thema Forschungsprämie unterstütze die Fraktion DIE LINKE. die Forderung, dass die Sondersituation der gemeinnützigen Forschungs-GmbHs berücksichtigt werde. Allerdings sei hierauf im Ausschuss in den vergangenen Monaten regelmäßig hingewiesen worden. Hierzu sei bisher stets darauf verwiesen worden, dass dieses Thema in Bezug auf beihilferechtliche Fragestellungen auf EU-Ebene in Brüssel geprüft werden müsse. Es sei zu hoffen, dass die Bundesregierung sich zu einer Position zur Frage durchgehung habe, ob die gemeinnützigen Forschungs-GmbHs an der Forschungsprämie beteiligt werden sollten oder nicht und welches Bundesministerium letztendlich für die Koordination zuständig sei. Die Klärung dieser Fragen sei nicht zuletzt deswegen wichtig, weil 60 bis 80 Unternehmen mit ca. 10 000 direkt oder indirekt angeschlossenen Arbeitsplätzen betroffen seien.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird hervorgehoben, dass das Thema Innovationsförderung im Osten sicherlich ein wichtiges Thema sei. Dennoch sei unklar, warum die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen diesen Antrag gestellt hätten. Im Antrag werde die Bundesregierung aufgefordert, u. a. Maßnahmen zur Stärkung der ostdeutschen Hochschullandschaft zu ergreifen. Da der vorliegende Antrag jedoch unspezifisch und allgemein gehalten sei, sei er insgesamt nicht notwendig. Dies beziehe sich auch auf Ausführungen bezüglich einer Unterstützung erfolgreicher Forschungsschwerpunkte.

Wenn die ostdeutschen Hochschulen und Universitäten bei der Exzellenzinitiative bisher nicht profitiert hätten – nur noch die TU Dresden sei im Rennen –, und wenn man davon

ausgehen könne, dass die weitere Entwicklung der Universitäten sehr wichtig sei bezüglich des Themas Clusterbildung, dann stelle sich die Frage, wie die Anschlussfähigkeit unterstützt werden könne. Seitens der Fraktion der FDP seien bereits Ideen in Bezug auf die Fachhochschulen vorgetragen worden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe zudem Vorschläge in Richtung von mehr Wettbewerb für die Lehre unterbreitet. Die Antwort der Bundesregierung zu dem Thema „Anschlussfähigkeit bei der Exzellenzinitiative für ostdeutsche Universitäten“ stehe hingegen noch aus.

Bezüglich des Themas Hochschulpakt sei davon auszugehen, dass die Mittel, die in der zweiten Säule des Hochschulpaktes zur Verfügung stünden und über die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) verteilt würden, im Wesentlichen nicht in Ostdeutschland ankämen, sondern vor allen Dingen in West- und in Süddeutschland. Auch hier stelle sich die Frage, wie eine wirksame Stärkung der ostdeutschen Cluster tatsächlich erfolgen könne.

Bei der Verteilung von Studienplätzen im Zusammenhang mit dem Hochschulpakt sei unklar, wie erreicht werden könne, dass ein Studierender oder eine Studierende, der bzw. die hauptsächlich westdeutsche Hochschulen als Wunschhochschule angegeben habe und dort nicht zum Zuge gekommen sei, die Option nutzte, einen freien Studienplatz im Osten anzunehmen, der zunächst nicht als Wunsch angegeben worden sei. Fraglich sei, ob hier wirklich eine ZVS-Nachfolgeverordnung (ZVS = Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen) durch die Bundesländer abgewartet werden könne.

Im Entschließungsantrag zum Bericht der Bundesregierung (Drucksache 16/3310) werde unter Nummer 6 die Fortsetzung des Investitionszulagengesetzes gefordert. Das Investitionszulagengesetz sei aber gerade von ökonomischen Sachverständigen – auch vom Sachverständigenrat – als viel zu ungenau in seiner Zielerreichung kritisiert worden. Daher sei es wichtiger, darüber zu diskutieren, welche Maßnahmen zielgenauer seien, wie z. B. Investitionen im Rahmen „Brain Gain“, speziell für den Osten. Darüber hinaus müsse eine Antwort auf die Frage gegeben werden, wie Absolventinnen und Absolventen an Hochschulen in den neuen Bundesländern rechtzeitig eine Bleibeperspektive auch für ihre Familienmitglieder und ihre Lebenspartner gegeben werden könne, so wie dies von verschiedenen Wissenschaftsorganisationen im Westen erfolgreich praktiziert werde. Es gebe daher interessante Ansätze für den Osten in Bezug auf das Stichwort „Brain Gain“. Wenn in die Investitionszulage nicht so viel investiert werde, wie es derzeit der Fall sei, dann könnte man gegebenenfalls kleinere, aber erfolgreiche Programme aufstocken.

Die neuen Bundesländer seien im Bereich Wissenschaft und Innovation sehr stark davon betroffen, was bei der Föderalismusreform II in Bezug auf die Finanzbeziehungen der Bundesländer verhandelt werde. Die Neuordnung der Finanzbeziehungen innerhalb der Föderalismusreform II sei z. B. beim Parteitag der CDU in Dresden mit ins Auge gefasst worden. Dennoch habe das Thema „gerechte Gestaltung der Wissensgesellschaft“ beim Einsetzungsbeschluss für die Föderalismuskommission im Bundestag keine Rolle gespielt. Daher habe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Änderungsantrag zum Einsetzungsbeschluss in Bezug auf das Thema „gerechte Gestaltung der

Wissengesellschaft“ eingebracht. Es müsse davor gewarnt werden, dass der Bildungs- und Wissenschaftspolitiker – auch in der Großen Koalition – dieses Thema bei der Föderalismusreform wieder abhandeln könnte. Es sei davon auszugehen, dass auch der zweite Teil der Föderalismusreform erhebliche Auswirkungen haben werde.

Von Seiten der Bundesregierung wird begrüßt, dass sich der Ausschuss ausführlich mit der Fragestellung, wie die Entwicklung der deutschen Einheit unter besondere Berücksichtigung von Bildung und Forschung zu betrachten sei, befasse. Nach Auffassung der Bundesregierung komme der Strukturwandel in den neuen Bundesländern voran, dennoch seien die wirtschaftsstrukturellen Ausgangsbedingungen immer noch deutlich schlechter als in der überwiegenden Zahl der westdeutschen Bundesländer. Ein Grund hierfür sei, dass es in den neuen Bundesländern einen Mangel an großen Unternehmenseinheiten und Hauptsitzen von großen Firmen gebe, da diese, historisch bedingt, ganz überwiegend ihren Sitz nicht in den neuen Bundesländern hätten.

Darüber hinaus gebe es einen relativ niedrigen Anteil an betrieblicher Forschung. So seien nur rund 6 Prozent aller betrieblichen Forscher in Deutschland in ostdeutschen Unternehmen tätig. Viele Firmen in den neuen Bundesländern hätten eine ganz andere Ausgangssituation als die Firmen in den alten Bundesländern. Es gebe beispielsweise Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Fremdfinanzierung der ostdeutschen Unternehmen, die zudem eine ganz andere Eigenkapitalquote hätten. Darüber hinaus bestehe eine schwächer ausgeprägte Netzwerk- und Clusterbildung in den neuen Bundesländern. Zwar sei die gesamtwirtschaftliche Produktivität in den neuen Bundesländern auf einem vernünftigen Weg, dennoch erreichten die neuen Bundesländer maximal 79 Prozent des westdeutschen Durchschnitts im Jahr 2005. Hier müssten in den kommenden Jahren gemeinsame Anstrengungen unternommen werden.

Auch die Situation im Ausbildungsbereich sei nach wie vor deutlich ungünstiger als in den alten Bundesländern. Im Ausbildungsjahr 2005 habe es zunächst 11 150 unvermittelte Bewerber gegeben. Diese Zahl sei letztendlich auf 6 500 unvermittelte Bewerber gesenkt worden.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aus den neuen Bundesländern müsse sich auf dem freien Markt beweisen. Unter Markt sei natürlich nicht nur der deutsche Markt oder der europäische Markt zu verstehen, sondern vor allem der internationale Markt. Erfreulicherweise habe sich die Exportquote im verarbeitenden Gewerbe weiter erhöht. Die Unternehmen hätten in den neuen Bundesländern im ersten Halbjahr 2006 rund 30 Prozent ihres Gesamtumsatzes auf den Auslandsmärkten erzielt. Im gleichen Zeitraum hätten die westdeutschen Unternehmen eine Exportquote von knapp 44 Prozent aufgewiesen. Der Trend gehe zwar in die richtige Richtung, aber es gebe noch eindeutige Unterschiede. Bei den Ausfuhren von Gütern und Dienstleistungen in die neuen Mitgliedstaaten der EU sei ein Zuwachs von rund 19 Prozent zu verzeichnen. Die traditionell stärkere wirtschaftliche Verflechtung von Unternehmen in den neuen Bundesländern mit den Firmen im Osten und in den neuen Mitgliedstaaten der EU in Mittel- und Osteuropa wirke sich hier positiv aus. Dabei gebe es eine Reihe von Branchenschwerpunkten und auch innovativen Kompetenzfeldern in den neuen Bundesländern, die ganz wichtig seien für die

Zukunftsfähigkeit Ostdeutschlands. Hier seien insbesondere Schwerpunkte der Chemieindustrie, beispielsweise in Merseburg, Halle und Bitterfeld, zu nennen oder die Optoelektronik in Jena, die Mikroelektronik in Dresden, die Automobilproduktion in Eisenach, Zwickau, Leipzig und Halle sowie die Luft- und Raumfahrt in Berlin/Brandenburg und schließlich die Medizin- und Biotechnologie in Berlin und Greifswald.

Ein zusätzliches Problem, das sowohl die alten als auch die neuen Bundesländer betreffe – in seiner Intensität und Schärfe aber in den neuen Bundesländern besonders gravierend –, sei der demografische Wandel. Die Bevölkerung in den neuen Bundesländern habe sich zwischen 2001 und 2004 im Schnitt jährlich um rund 100 000 Personen verringert. Die Abwanderung in die westlichen Länder mache davon ca. ein Drittel aus. 100 000 Menschen weniger pro Jahr bedeuteten auch, dass es 100 000 Konsumenten weniger gebe. Die Prognosen für die gesamte Bundesrepublik Deutschland, bezogen auf das Jahr 2020, gingen davon aus, dass die Einwohnerzahl Deutschlands insgesamt nur um ein halbes Prozent abnehmen werde; in den neuen Bundesländern sei mit einer Verringerung um 7,7 Prozent zu rechnen. Die Konsequenz sei, dass sich die Einwohnerzahl in den neuen Bundesländern von 17 Millionen auf 15,7 Millionen Menschen im Jahr 2020 verringern werde.

Die zentralen Herausforderungen in Ostdeutschland seien nach Einschätzung der Bundesregierung insbesondere die noch bestehenden betrieblichen Schwächen im Bereich Forschung und Entwicklung, die defizitäre Clusterbildung, das besonders stark ausgeprägte demografische Problem – und damit verbunden ein drohender Fachkräftemangel – und schließlich die besondere Ausbildungsplatzsituation. Die Bundesregierung versuche diesen Themen zu begegnen.

Der Ausbau der ostdeutschen Forschungsinfrastruktur habe dabei eine hohe Priorität. Im Jahr 2005 habe man von Seiten des BMBF im Bereich der institutionellen Forschungsförderung 822 Mio. Euro in die neuen Bundesländer einschließlich Berlin investiert. 2005 sei in Dresden zudem das Fraunhofer Center Nanoelektronische Technologien (CNT) beispielhaft eröffnet worden. Darüber hinaus gebe es das Ausbildungsplatzprogramm Ost – mit 14 000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen.

Die Stimmung in den neuen Bundesländern sei insgesamt nicht als euphorisch zu bezeichnen. Dennoch warne die Bundesregierung davor, die Situation „kaputt zu reden“. Schwächen und Schwierigkeiten müssten offen benannt werden. Hier seien aber auch ein taktvolles Verhalten und die richtige Sprache notwendig.

Bundesministerin Dr. Annette Schavan habe sich in diesem Kontext dafür eingesetzt, mit ihren ostdeutschen Wissenschaftsministerkollegen und den Wirtschaftsministern zu einem gemeinsamen Ansatz zu kommen. Ausgangspunkt des Memorandums, welches von Bundesministerin Dr. Annette Schavan mit den ostdeutschen Wissenschafts- und Wirtschaftsministern verfasst worden sei, sei der Bericht zur Deutschen Einheit mit allen beschriebenen Stärken und Schwächen gewesen. Im Memorandum würden sieben Punkte für Innovation und Wachstum benannt.

Es sei als gutes Zeichen zu werten, dass jetzt erstmalig in einem gemeinsamen Papier des Bundes und der neuen Bun-

desländer gemeinsame Schwerpunkte und Themen für eine künftige Innovationspolitik definiert würden und diesbezüglich ein strukturierter „Dialog Ost“ auf den Weg gebracht worden sei. Die Themen, die behandelt würden, hätten das Ziel, die Potenziale der jeweiligen Region zu stärken und in den neuen Bundesländern die Abwanderung einzudämmen. Ein weiteres Thema sei die Frage, wie bestehende Forschungsstrukturen genutzt werden könnten, um Exzellenzzentren zu schaffen, und wie die Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft insgesamt ausgebaut werden könne.

Auf die Frage nach der Rolle der ostdeutschen Hochschulen, sei zu antworten, dass die Exzellenzinitiative ausdrücklich kein Instrument zur Regionalförderung gewesen sei, sondern ausschließlich das Ziel habe, Exzellenz an den deutschen Hochschulen zu schaffen und im Sinne von internationaler Präsenz zu fördern. Nach der Einschätzung der Bundesregierung habe die Exzellenzinitiative die an sie gestellten Herausforderungen gut erfüllt. Es sei darüber hinaus festzustellen, dass die ostdeutschen Universitäten äußerst erfolgreich bei den DFG-Projekten und den entsprechend geförderten Projekten seien. Dies mache deutlich, dass die neuen Bundesländer mit ihren Hochschulen und Universitäten aufholten. Das Investitionszulagengesetz werde von Seiten der Bundesregierung nicht kritisch beurteilt, es sei vielmehr ein wichtiges Instrument zur Stärkung der neuen Bundesländer, weil das Eigenkapital in den Firmen in den neuen Bundesländern unterproportional ausgebildet sei und deshalb zur Stärkung der Unternehmen in den neuen Bundesländern benötigt werde. Das Investitionszulagengesetz könne diesbezüglich einen wichtigen Beitrag leisten.

Es gebe einen Grund, weshalb gemeinnützigen GmbHs bei dem in Federführung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung initiierten Programms „Wirtschaft trifft Wissenschaft“ nicht mit aufgenommen worden seien. Dieses Programm sei tatsächlich auf öffentliche Forschungseinrichtungen konzentriert, beispielsweise auf Hochschulen, die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., die Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. und die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e. V. Die gemeinnützigen GmbHs seien nicht aufgenommen worden, da sonst ein beihilferechtliches Problem auf EU-Ebene entstünde und die Gefährdung des Gesamtprojektes vermieden werden sollte.

Insgesamt habe man mit der Fortsetzung des Programms „Unternehmen Region“ wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht. 160 regionale Innovationsbündnisse würden bis zum Jahr 2008 gefördert. Zudem habe es beim Programm „InnoRegio“ eine Vielzahl von Unternehmensgründungen gegeben. Durch rund 145 Neugründungen hätten über 7 500 neue Stellen in diesen Firmen geschaffen werden können. Das „Zentrum für Innovationskompetenz“ werde mit der zweiten Förderrunde Anfang 2007 in eine neue Phase eintreten. Das Programm „InnoProfile“, welches die Förderung von Nachwuchsforschungsgruppen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen zum Gegenstand habe, werde im März 2007 in eine dritte Auswahlrunde gehen und mit einem Mittelvolumen von 40 Mio. Euro auf den Weg gebracht. Insgesamt bestehe ein breites Programmgeflecht, mit dem die Bundesregierung in Kooperation mit den Wissenschaftsministern die neuen Bundesländer weiter stärken wolle.

Berlin, den 13. Dezember 2006

Michael Kretschmer
Berichterstatter

Sven Schulz (Spandau)
Berichterstatter

Cornelia Pieper
Berichterstatteerin

Dr. Petra Sitte
Berichterstatteerin

Krista Sager
Berichterstatteerin